



Simma-Appell erfolgreich!

75 neue Planstellen für die Justizwache und zusätzlich 100 weitere Ausbildungsstellen!

Sicherheit darf nicht vor den Gefängnistoren enden!

Seit Jahren warnt die Justizwachegewerkschaft vor dem eklatanten Personalmangel in den Justizanstalten und fordert eine deutliche Personalaufstockung, damit die Sicherheit innerhalb der Haftanstalten gewährleistet werden kann.

„Knapp 200 Planstellen sind derzeit unbesetzt“, so Albin Simma, Vorsitzender der Justizwachegewerkschaft. Die enorm wachsenden Anforderungen und die Überlastung der Justizwachebeamten und -beamtinnen sind alarmierend.

Appell

Simma appelliert einmal mehr an die Bundesregierung, die Justizwache, den zweiten Exekutivkörper der Republik Österreich, mit zusätzlichen Planstellen auszustatten: „Wenn die Bundesregierung für mehr Polizistinnen und Polizisten

sorgt und damit mehr Straftaten aufgeklärt werden können, braucht es zwangsläufig auch mehr Justizwachebedienstete.“

Albin Simma :

„Ich richte erneut einen dringenden Appell an die Bundesregierung, die Justizwache nicht im Stich zu lassen“.

Ähnlich wie bei der Polizei wird sich die Situation ohne konkrete Maßnahmen weiterhin verschärfen. Denn auch auf die Justizwache rollt eine große Pensionierungswelle zu. Gerade im Hinblick auf die Altersstruktur braucht es eine unverzügliche Aufnahmeoffensive und mindestens 150 zusätzliche Ausbildungsplanstellen, die von einem umfas-

senden Sicherheitskonzept im Umgang mit Vollzugsstörungen begleitet werden.

Steigende Gewaltbereitschaft

Außerdem habe sich die Insassenpopulation deutlich verändert. Immer mehr Insassen kommen aus anderen Kulturkreisen, womit erschwerte Umstände im Umgang mit Sprache und Verhalten gegeben sind. Dazu kommt die generell steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Kolleginnen und Kollegen, die große Probleme verursacht. Bundesweit haben sich tätliche Angriffe gegen Stravollzugsbedienstete seit 2014 verdreifacht. „Ich richte daher erneut einen dringenden Appell an die Bundesregierung die Justizwache nicht im Stich zu lassen“, so Albin Simma abschließend.



Albin Simma

Chef der GÖD-Justizwachegewerkschaft appelliert an die Bundesregierung

Dem Vorsitzenden der JW-Gewerkschaft Albin Simma wurde im Beisein der Landesvorsitzenden der Justizwachegewerkschaft NÖ und OÖ, Wilhelm Terler und Norbert Dürnberger, von BM Dr. Moser zugesichert, dass zusätzlich 75 Planstellen für die Exekutive und weitere 100 Ausbildungsplanstellen seitens der Bundesregierung umgesetzt werden.



GÖD-Justizwachegewerkschaft: Albin Simma erhebt Forderungen nach mehr Personal und einem verbesserten Aufnahmeverfahren!

v.l.: Vors. NÖ Wilhelm Terler, BM Dr. Moser (ÖVP) Vors. JW-Gew. Albin Simma und Vors. OÖ Norbert Dürnberger

Der Vorsitzende der GÖD-Justizwachegewerkschaft Albin Simma zeigt sich zuversichtlich, dass das Arbeitstreffen mit dem Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, Dr. Josef Moser, einen wesentlichen Schritt zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen gebracht hat. Der Bundesminister sicherte darin Unterstützung zu und zeigte große Wertschätzung gegenüber der Justizwache.

Im Rahmen des Gesprächs wurden nicht nur konkrete Positionen dargelegt, sondern auch weitere Schritte und Lösungsansätze diskutiert. So wurde im Beisein der Landesvorsitzenden der Justizwachegewerkschaft NÖ und OÖ, Wilhelm Terler und Norbert Dürnberger, zugesichert, dass zusätzlich 75 Planstellen für die Exekutive und weitere 100 Ausbildungsplanstellen seitens der

Bundesregierung umgesetzt werden.

Belastungsgrenze erreicht
„Die Belastungsgrenze der Justizwachebeamten ist längst erreicht, weshalb es dringende Maßnahmen im Hinblick auf den Personalmangel benötigt. Ich freue mich über die Zusa-

Albin Simma:

„Nun gilt es, diese

Vorhaben mit allen zur

Verfügung stehenden

Mittel unverzüglich

umzusetzen.“

ge des Bundesministers zur Entspannung der Personalsituation“, so der Vorsitzende der GÖD-Justizwachegewerkschaft. Außerdem habe man sich mit Bundesminister Moser darauf verständigt, dass es künftig eine schnell-

lere und kompaktere Form des Aufnahmeverfahrens für Justizwachebeamten und -beamtinnen geben muss.

Einheitliche Sicherheitsrichtlinien

Albin Simma begrüßt das Vorhaben des Bundesministers vermehrt Justizanstalten zu besuchen, um mit Kolleginnen und Kollegen das persönliche Gespräch zu führen. Außerdem ist geplant im zweiten Halbjahr 2018 eine Enquete mit Experten aus den eigenen Reihen einzuberufen, um einheitliche Sicherheitsrichtlinien im Sinne des Strafvollzugsgesetzes zu erarbeiten.

Simma: „Die Belastungsgrenze der Justizwachebeamten und -beamtinnen ist längst erreicht.“

„Nun gilt es, diese Vorhaben mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unverzüglich umzusetzen“, hält Simma fest.

Logo: FCG-KdEÖ